

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
3. Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wittgenstein 16.)
bei G. H. Meißel & Co.
Breitenstraße 14.
in Gießen bei H. Spindler,
in Gießen bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Kahlbach.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. H. Meißel & Co.,
Hanselmann & Vogler,
Hindolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Gießen
beim „Invalidentank.“

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 338.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 16. Mai
(Erscheint täglich drei Mal.)

Preis 20 Pf. die sechsgeheftene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, indem die
Erpedition zu senden und werden für die am folgenden
Tag Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 1876.
Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 15. Mai. Der König hat den Reg.-Ass. v. Jagow zu
Straßburg zum Landrath des Kreises Grimmen, und den Dr. Anto-
nius v. d. Vinde zu Arnheim zum Bibliothekar der Landesbibliothek
zu Wiesbaden ernannt.

Der Kreisrichter Doering in Schubin ist unter Ernennung
zum etatsmäßigen Intend.-Ass. in der Militärverwaltung und zwar
bei der Intendantur V. Armee-corps angestellt. Am evang. Schul-
lehrer-Seminar zu Dramburg ist der zweite Lehrer Drög von der
gehobenen Knabenschule in Böls als ord. Lehrer angestellt. Der
Seminar-Hilfslehrer Joseph Scholz zu Peistretscham ist als ordentl.
Lehrer an das kath. Schullehrer-Seminar zu Ziegenhals berufen.
An dem kath. Schullehrer-Seminar zu Peistretscham der Lehrer Höl-
zel zu Laurahütte bei Rattowitz als Hilfslehrer angestellt. An der
Präparanden-Anstalt zu Plathe, Reg.-Bez. Stettin, der Hauptlehrer
Kosenthal von der Progymnasial-Vorschule zu Garz a. O. als zwei-
ter Lehrer angestellt.

Vom Landtage.

6 Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 15. Mai. Am Ministertische: Landwirtschaftlicher Mi-
nister Dr. Friedenthal und mehrere Kommissarien.

Beginn der Sitzung 12¼ Uhr. Vizepräsident v. Bernuth er-
öffnet dieselbe mit der Mittheilung, daß der Präsident des Herren-
hauses Hr. Otto v. Stolberg-Berningerode für die nächste Zeit verhin-
dert ist, an den Sitzungen des Hauses Theil zu nehmen, und verliest
hierauf die Gesetzentwürfe, die an das Haus aus dem Abgeordneten-
hause gelangt sind, darunter die Vorlage, betreffend die Uebertragung
der preuß. Eisenbahnen an das Reich, welche vorläufig der Präsident
an die Eisenbahn-Kommission hat gelangen lassen. Herr v. Goslar
beantragt, die 1. und 2. Beratung des Gesetzes im Plenum vorzu-
nehmen. Graf zur Lippe dagegen spricht wegen der Wichtigkeit des
Gesetzes für Ueberweisung an die Kommission. Graf v. Wittberg
weist auf die gründliche Beratung hin, welche dasselbe im Abgeor-
netenhaus erfahren hat, und glaubt, daß neue Gesichtspunkte demsel-
ben nicht abgewonnen werden können; er sei deshalb für Beratung
im Plenum.

Nachdem sich noch mehrere Herren für resp. gegen Ueberweisung
an die Kommission ausgesprochen haben, wird der Antrag des Herrn
von Goslar angenommen. Die erste und zweite Beratung des Ge-
setzes findet somit im Plenum statt.

Hierauf theilt der Vizepräsident v. Bernuth mit, daß das
Haus zwei Mitglieder verloren hat, durch den Tod des Herrn Grafen
v. Kämarsch, durch Verletzung in eine andere Stadt den Herrn
Weinhold (nach Breslau berufen). Neu berufen in das Haus sind
die Herren Fürst Blücher von Wahlstatt, Weigel, von denen Fürst
Blücher von Wahlstatt bereits in das Haus eingetreten ist. Darauf
tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Erster Gegenstand derselben ist die einmalige Schlußberatung
über den aus dem Hause der Abgeordneten in abgeänderter Fassung
zurückgekommenen Gesetzes-Entwurf, betreffend die Ablosbarkeit der
Erbenzins- und Erbpachtverhältnisse in den Moor- und Behnhol-
sen der Provinz Hannover. Nach einer kurzen Bemerkung des Re-
ferenten Herrn Rasch über eine rein redaktionelle Aenderung in der
Vorlage wird dieselbe mit dieser Aenderung angenommen.

Es folgt der Bericht der Matrifikkommission, welchen Herr Graf
zur Lippe abliest. Die Anträge der Kommission werden ohne
Debatte angenommen.

Dieselben gehen dahin: 1) die Sitze der Oberbürgermeister Beder
und Kaufmann, sowie des Freiherrn von Zedlitz-Nestitz für erledigt
zu erklären und den Herrn Minister des Innern zu ersuchen, für die
betreffenden Wahlbezirke bald thunlichst anderweite Präsentationswah-
len anzuordnen; 2) die Legitimation der Mitglieder Wilhelm Fürsten
zu Wied, Ludwig Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Heinrich
VII. Prinzen Reuß jüngerer Linie aus Trebitsch, des Franz v. Gor-
don auf Vaskowitz, des Freiherrn Rudolf v. Buddenbrock auf Ottlau,
des Georg v. Knebel-Doberitz auf Zilschagen, des Leonhard v. Brzeski
auf Zablow, des Freiherrn v. Solmacher-Antweiler auf Grünhaus,
des Geheimen Justizraths Prof. Dr. Richard Dove in Göttingen,
des Oberbürgermeisters Wilhelm Beder zu Dortmund und des Stadt-
raths Gerhard Geymer zu Elbing als geführt anzuerkennen.

Hierauf folgt der mündliche Bericht und Antrag der Kommission
für die Geschäftsordnung in Betreff der Uebersicht der von der
Staatsregierung gefaßten Entschlüsse auf Anträge und Resolu-
tionen des Herrenhauses.

Berichterstatter ist Herr Graf v. d. Schulenburg-Angern.
Die Anträge der Kommission gehen dahin: 1) in Betreff der künf-
tigen geschäftlichen Behandlungen dieser Uebersichten, einige Punkte
der Geschäftsordnung abzuändern.

2) In Betreff der vorliegenden Uebersicht: Die Uebersicht der von
der Staatsregierung gefaßten Entschlüsse auf Anträge und Resolu-
tionen des Herrenhauses aus der Session 1875 für erledigt zu
erklären.

Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Justiz-Kommission über den
Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Gebühren der Notarien
im Bezirke des Appellationsgerichtsbezirks zu Köln, welchen Herr Hen-
rich abliest. Der Antrag der Kommission geht dahin: den vorge-
schlagenen Gesetzentwurf in Uebereinstimmung mit dem Abgeordneten-
hause anzunehmen. Herr Bret befragt diesen Antrag, welcher
sodann angenommen wird.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der VIII.
Kommission (für kommunale Angelegenheiten) über den Entwurf des
Gesetzes, betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentl.
Anstalten gehörigen Holzungen in den Provinzen Preußen, Bran-
denburg, Pommern, Posen und Schlesien.

Berichterstatter ist Herr Gobbin, welcher die Aenderungen mo-
tiviert, die von der Kommission in dem Gesetzentwurf vorgenommen
worden sind, und die Kommissionsbeschlüsse zur Annahme empfiehlt.
Die Kommission hat einstimmig die Nothwendigkeit der Erweiterung
des Staatsaufsichtsrechts über die Bewirtschaftung und Benutzung
des Korporationswaldes in den fünf östlichen Provinzen des preuß.
Staates bejaht und ferner die Provinz Sachsen mit in den Ge-
setzentwurf aufgenommen trotz des Widerspruches der Staatsregierung.

Graf v. Brühl hat prinzipielle Bedenken gegen das Gesetz,
weil es Eingriffe in die Rechte milder Stiftungen u. dgl. enthalte.
Es entziehe ferner den katholischen Geistlichen die letzte Einkommens-
quelle, die ihnen nach Erlass des Provisorien-Gesetzes noch übrig war.
Es sei weiterhin nicht klar gesagt, man wisse nicht, wer die Ober-
aufsicht ausüben und worauf sie sich erstrecken solle.

Graf v. Zieten-Schwerin ist mit den Kommissions-
beschlüssen einverstanden und wünscht die Vorlegung eines Waldschutts-
gesetzes. Bis jetzt habe man nur ein Schuttwaldgesetz. Der Mangel
an einem solchen Gesetz sei eine Lücke in der sich auf den Wald be-
ziehenden Gesetzgebung, welche auszufüllen sei.

Staatsminister Dr. Friedenthal: Die Gründe, welche die
Regierung bewog, die Provinz Sachsen von dem Geltungsbereich des
Gesetzes auszuschließen, lagen namentlich in dem Umstande, daß sie
glaubte, mit dem Gesetz vom Jahre 1816 größere Erfolge zu erreichen.
Da aber die Regierung der Provinz Sachsen, nachdem sie auf die
Beschlüsse der Kommission hin nochmals um ihre Ansichten über die
Einfügung Sachsens in den Geltungsbereich des Gesetzes gefragt
worden war, erklärt hat, daß nach den Aenderungen, welche von der
Kommission mit dem Gesetz vorgenommen und es größere Erfolge
haben würde, als das Gesetz vom Jahre 1816, so ist die Staats-
regierung mit der Ausdehnung des Gesetzes auf die Provinz Sachsen
einverstanden. Was die Ausführungen des Herrn Grafen Brühl be-
trifft, so möchte er konstatieren, daß den Geistlichen durch Entziehung
ihres Gehalts zugleich die Einkünfte aus den Stiftungen entzogen
seien. Dies Gesetz habe auf die Frage der Fortbenutzung der letzteren
keinen Einfluß.

Nach einer thatsächlichen Bemerkung des Herrn Grafen v. Brühl
und einer zustimmenden Erklärung des Herrn Haffke zu den Bemerkun-
gen des landwirthschaftlichen Ministers und einer weiteren Bemerkung
des Ref. Herrn Gobbin wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdebatte wird § 1 unverändert angenommen, § 2
mit einer redaktionellen Aenderung, § 3 nach den Kommissionsbeschlüs-
sen, ebenso §§ 4-7. Zu § 8 (Verpflichtung der Gemeinden zur An-
bahnung von Holz) liegen 2 Anträge des Herrn Grafen v. Zieten-
Schwerin vor, welche derselbe jedoch zurückzieht. Herr v. Knebel-
Doberitz wünscht in § 8 zu sagen: Zur Erfüllung dieser Verpflichtung
können die Gemeinden „durch Beschluß des Kreisausschusses“ statt
„durch Beschluß des Bezirksraths“.

Staatsminister Dr. Friedenthal hält es für zweckmäßiger, die Be-
stimmung der Regierungsvorlage nicht zu ändern, da dieser Para-
graph sich besonders auf die Städte bezieht und da ferner der Bezirks-
rath sich leichter einen technischen Sachverständigen verschaffen kann,
als der Kreisausschuß.

Herr v. Knebel-Doberitz glaubt, daß durch seinen Vorschlag
das Verfahren sich vereinfachen werde. Referent Herr Gobbin
spricht für Annahme der Vorlage, § 8 wird hierauf nach der Re-
gierungsvorlage (Kommissionsbeschlüsse) angenommen, ebenso §§ 9
und 10 technische Organe: Forstmeister und Oberforstmeister (nach
der Vorlage), die im Forstdienst angestellten Beamten (Kommissions-
beschlüsse). Referent Herr Gobbin beantragt die Vorlage wieder ver-
zustellen. An der Debatte über diesen Antrag theilnehmen sich die
Herren Graf v. Wittberg, v. Kleist-Neckow, Knebel-
Doberitz, Regierungskommissar Landesforstmeister Urici (für
die Kommissionsbeschlüsse), Graf zur Lippe, Graf Eulenburg.
Hierauf wird der Antrag Gobbin abgelehnt, die Kommissionsbeschlüsse
angenommen; ebenso § 12. Zu § 13 (neu hinzugefügt), Uebernahme
der Kosten durch die Staatskasse liegt ein Antrag des Herrn Graf
v. Zieten-Schwerin vor: dem § 13 (neu) hinzuzufügen: „mit
Ausnahme derjenigen Kosten, welche durch die, durch den Waldbeigeh-
thümer verlangte Revision (§ 5) erwachsen sind, ohne daß diese Re-
vision die Nothwendigkeit einer Aenderung des Betriebsplanes er-
geben hat.“

Regierungskommissar Herr Landesforstmeister Urici erklärt, daß
die Regierung mit dem Antrag einverstanden ist.

Referent Herr Gobbin erklärt sich gegen denselben, Herr von
Knebel-Doberitz dafür, weil wenn ein Waldbeigehthümer
völlig grundlos eine Revision begehrt, will, die Staatskosten die
Kosten derselben unmöglich bestreiten können. Hierauf wird der An-
trag abgelehnt, § 13 angenommen nach den Kommissionsbeschlüssen,
ebenso §§ 14 und 15 und damit das gesamte Gesetz.

Präsident Herr v. Bernuth theilt mit, daß während der Sit-
zung zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Ablosung von Abgaben, ein-
gegangen sind, von denen der eine an die 10. Kommission, der andere
an die Agrar-Kommission geht. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.
(Einverleibung Lauenburgs in Preußen. Uebertragung der preussischen
Eisenbahnen an das Reich.)

Herr Fürst v. Putbus befragt es, daß die Vertheilung der Ar-
beiten auf die beiden Häuser des Landtages nicht genügend geregelt
ist. Das Herrenhaus habe erst fünf Plenarungen abhalten können,
das Abgeordnetenhaus deren 51. Ersterem seien fünf nur unwichtige
Gesetzentwürfe zugegangen, letzterem 31. Die Folge werde sein, daß
im nächsten Monat das Herrenhaus mit Arbeiten überbürdet sein
wird. Die Regierung gehe dabei von der Ansicht aus, daß das Her-
renhaus die Gesetze so annehmen solle, wie sie im Abgeordnetenhaus
zugestimmt sind. Er bitte das Präsidium, bei der Staatsregierung
ein energisches Veto gegen dies Verfahren einzulegen. Vizepräsident
v. Bernuth glaubt, diese Worte als Antrag nicht ausführen zu können,
höchstens als Wunsch. Fürst v. Putbus erklärt, das Wort
„Bitte“ gebraucht zu haben. Herr v. Kleist-Neckow glaubt, das
einzigste Mittel gegen das Verfahren der Regierung werde sein, zu
streifen. Graf zur Lippe erklärt, daß die Wünsche des Hauses von
der Regierung durchaus nicht berücksichtigt worden sind. Herr Be-
feler erklärt Kamens seiner Freunde, daß auch sie sich diesen Klagen
anschließen. (Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.)

55. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. Mai. Am Ministertische die Staatsminister Dr.
Friedenthal, v. Kameke, mehrere Kommissare.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr
mit geschäftlichen Mittheilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung
erhält das Wort der

Abg. Hansen: Meine Herren, ich muß mich entschieden ver-
wahren gegen einen Ausdruck, der mir in verschiedenen Blättern im
Berichte über die Sonnabendung untergelegt ist. Der Satz, den
ich jitzt habe, lautete dahin, daß allerdings die deutsche Sprache in
Schleswig überwiegend sei. Ich habe dieses Wort zur Bekämpfung
des Ab. Lassen angewandt, der gesagt hatte, die gebildeten Schles-
wiger, die des Deutschen mächtig seien, bildeten die Ausnahme. Da-
gegen habe ich den Ausdruck „Bibel“ entschieden mißbilligt.

Sodann tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Der erste
Gegenstand derselben ist die dritte Beratung des Entwurfs eines
Gesetzes, betreffend die Ablosung der den Kirchen, Pfarren, Klöster und
Schulen zustehenden Solabgaben im Gebiete des Regierungs-
bezirks Wiesbaden und in den zum Regierungsbezirk Kassel gehörigen
vormals großherzoglich hessischen Gebietsheilen.

Ohne jegliche Diskussion wird dieser Entwurf endgiltig nenehmigt.
Die zweite Nummer der Tagesordnung ist die erste Beratung
des Entwurfs eines Gesetzes wegen Ergänzung der Verordnung vom

13. Mai 1867, betreffend die Ablösung der Servituten, die Theilung
der Gemeinheiten und die Zusammenlegung der Grundstücke für das
vormalige Kurfürstenthum Hessen.

Abg. Dr. Behrensfennig stellt den Antrag, den vorlie-
genden Gesetzentwurf der Agrarkommission zu überweisen.

Abg. Dr. Tschow bittet, diesen Antrag einstimmig anzunehmen.
Abg. Dr. Baehr (Kassel) dankt der Regierung für die schnelle
Aufnahme der in dem Entwurf behandelten Sache, obwohl sie alle
Interessenten nicht befriedigen dürfte; doch möchte er jetzt noch nicht
auf die Detailfragen eingehen.

Abg. Behrensfennig bittet die Agrarkommission, die
Differenzen, die in diesem Gesetz sich finden, auszugleichen.

Darauf wird der Antrag Behrensfennig angenommen.
Der dritte Gegenstand ist die dritte Beratung des Entwurfs
eines Gesetzes, betreffend die Befreiung einzelner kirchlicher Abgaben
und Leistungen, für Schul-, Kommunal- und Armenzwecke.

§ 1 wird angenommen.

Zu § 2, welcher von dem Befall der von Taufen, Trauungen
und kirchlichen Begräbnissen zu entrichtenden Abgaben handelt, hat
der Abg. Lauenstein beantragt, die Abgaben von kirchlichen
Begräbnissen bestehen zu lassen; er befürwortet seinen Antrag.

Abg. Windthorst (Bielefeld) bittet bei den Beschlüssen der
Kommission zu bleiben und den Antrag Lauenstein abzuleh-
nen. Es handle sich vor Allem darum, das skandalöse Klasseninter-
esse bei den Begräbnissen zu entfernen. (Unruhe.)

Abg. Richter (Sangerhausen) tritt ebenfalls für die Beschlüsse
der Kommission ein. Wer da wisse, wie eine lange Krankheit häufig
die Mittel erschöpft habe, der könne nicht noch die Begräbnisse außer-
dem mit Abgaben beschweren wollen. Die finanzielle Ausbeute sei ja
außerdem in diesem Punkt sehr gering; und ein Theil dieser Abgaben
sei auch schon im Verwaltungswege angenommen.

Regierungskommissar Geh. Rath Balman empfiehlt die An-
nahme der Regierungsvorlage und bittet, das Amendement Richter
(Sangerhausen) abzulehnen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und der Antrag Lauen-
stein abgelehnt und der § 2 nach den Beschlüssen der Kommission
resp. der 2. Lesung angenommen.

§ 3 wird ohne Diskussion angenommen, worauf das Gesetz im
Ganzen angenommen wird.

Der vierte Gegenstand ist die erste Beratung des Entwurfs
eines Gesetzes, betreffend die Umwandlung des Zeughauses in Berlin
in eine Ruhmeshalle für die preussische Armee.

Abg. Richter: Ich stelle den Antrag, die Vorlage der Budget-
kommission zur Vorberatung zu überweisen.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Die Vorlage, deren Genehmi-
gung jetzt von uns verlangt wird, geht darauf hinaus, daß aus den
Geldmitteln, welche der preussischen Staatskasse aus der französischen
Kriegsloosentfaltung zufließen, sechs Millionen Mark zur Um-
wandlung des Zeughauses zu Berlin in eine Ruhmeshalle für die
preussische Armee und für die preussische Nation, aus der die Armee
hervorgeht, verwendet werden sollen. Ich meine nun, wir sind stets
bereit gewesen, unsern Heere die größte Anerkennung zu zollen und
die Nation hat unsere Gefühle getheilt und im großartigen Maße ist
diesen Gefühlen Ausdruck gegeben worden. Doch das schönste Den-
kmal ist die Errichtung des Deutschen Reiches selbst, das da beruht
auf dem neuerrichteten Kaiserthume, auf der einheitlichen Heeresorga-
nisation, auf dem Parlamente, auf der einheitlichen Gesetzgebung. —
Ein Bedürfnis also, ein äußeres Denkmal dem Ruhme der Armee
setzen zu müssen, liegt nicht vor und dies ist auch so wenig von der
Regierung selbst empfunden worden, daß sie es gänzlich unterlassen
hat, uns Motive zu unterbreiten, und an deren Stelle
nur einige Rechnungen mit mathematischer Genauigkeit
uns präsentiert hat, die flüchtig auch wegbleiben konnten.

Wenn uns nun aber in diesen schweren Zeiten, wo San-
del und Gewerbe darniederliegen, wo eine Reihe von Klassen des
Volkes mit Sehnucht darauf hofft, daß ihrer mangelnden Kraft von
Seiten des Staats zu Hilfe gekommen wird, ohne Bedürfnis eine
solche Vorlage gemacht wird, sollte man da nicht auf den Gedanken
kommen, daß etwa partikularistische Bestrebungen dahinterstehen,
wenn 5 Jahre nach der Errichtung des deutschen Reichs ohne Noth
in so schweren Zeiten mit solcher Eile dem preussischen Heere ein be-
sonderes Siegeszeichen errichtet werden soll, während wir uns schon
an den Gedanken gewöhnen, daß es nur Eine deutsche Armee gäbe?
— Nein, meine Herren, meine politischen Freunde und ich werden
dieser Vorlage nicht zustimmen und deshalb schlagen wir Ihnen auch
die zweite Beratung im Plenum vor. Soll aber ein neues Sieges-
zeichen errichtet werden, so strebe unsere Nation in dieser traurigen
Zeit dahin, den höchsten Ruhm sich zu erwerben, sich emporzuraffen
von dem wirtschaftlichen Ruin und der unerhörten wirtschaftlichen
Krisis, die jetzt auf uns lastet. (Lebhaftes Bravo!)

Kriegsminister v. Kameke: Diese Vorlage giebt mir zum ersten
Male die Gelegenheit, im Abgeordnetenhaus als preussischer Minister
zu erscheinen. Wenngleich der Eindruck ein wenig gemindert wird,
da bereits Einmündungen gemacht sind, so muß ich doch zunächst er-
klären, daß von einer partikularistischen Richtung in diesem Gesetz
flüchtig nicht die Rede sein kann. In diesem Augenblicke sind wir nicht
im Stande, von einer Geschichte des deutschen Heeres zu sprechen;
wir sind aber wohl im Stande, von einer Geschichte des preussischen
Heeres zu sprechen, welches seit den letzten Jahren sich entwickelt und
Thaten vollbracht hat, die eben dahin geführt haben, daß das Haus, was
die Herren als den höchsten Ruhm des Heeres hinstellen, das deutsche
Reich — hatte errichtet werden können. Wenn aber in einem solchen
Augenblicke gewissermaßen eine natürliche Sache ist, daß man einen
Rückblick auf das wirft, was geschehen ist, so möchte sich auch der
Gedanke als ein natürlicher erweisen, daß man die Anerkennung und
namentlich die Sammlung der Erinnerungen aus früheren Jahren
sehr bewerkstelligt, wo wir eben in eine besondere Epoche eingetreten
sind. Dies ist der Gedanke, der zunächst dahin geführt hat,
diese Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle für
die preussische Armee vorzunehmen. Diese sogenannte Ruhmes-
halle hat die Absicht, zunächst um dasjenige, was die Armee
seit ihrer Entstehung geleistet hat, allen, auch den Nichtgelehrten, zur
Aufzählung zu bringen. Sie soll die Armeen in den verschiedenen
Epochen und Bewaffnungen darstellen, sie soll die gesammelten Tro-
phäen ordnen und verständlich aufstellen. Das ist ein Gedanke, der
sich in allen anderen Staaten bereits verwirklicht findet. Dadurch
wird zunächst also das vaterländische Gefühl entwickelt; die Anstren-
gungen hervorragender Männer und Fürsten geben nicht verloren
und auch die Anstrengungen, die das Land gemacht hat, kommen zum
Ausdruck. Wenn die Herren meinen, daß dieser Gedanke partikula-
ristisch sei, so möchte ich daran erinnern, daß für unsere mitdeutschen
Armeen in Sachsen, Baiern und sogar in den kleinen Staaten dera-
tische historische Sammlungen bestehen, wenn sie auch nicht gerade den
Namen „Ruhmeshalle“ führen. Ich möchte daher doch bitten, daß die

Herrn dem Gesandten die Aufmerksamkeit zuwenden, die er verdient. Aber auch von der zweiten Seite, der wissenschaftlichen, möchte ich ihn empfehlen. Die Kriegserinnerungen aus alten Zeiten geben einem Untergrund entgegen, wenn sie nicht gesammelt und gepflegt werden. Ich möchte daher bitten, daß der Gesandtenwurf einer wohlwollenden Aufnahme seitens des Hauses sich erfreute. (Bravo.)

Abg. v. Bismarck (Klatow): Ich kann in der Vorlage keinen Partikularismus sehen. Ich halte einen preussischen Partikularismus überhaupt für eine Thorheit. Die preussische Armee war immer und wird stets der preussischen Armee geblieben sein, sind die Vorstufen zu der großen That, die der Abgeordnete Windthorst hervorgerufen hat.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Reden, die hier gehalten seien, könnten ihn zu weitgehenden Erörterungen verleiten. Indessen wolle er heute nur sagen, daß er und seine politischen Freunde dem Antrag auf kommissarische Beratung zustimmen werden. Er halte dafür, daß diese Sache nicht eher zur Entscheidung komme, als bis die von ihm und seinen Freunden eingebrachte Interpellation, in welcher die Regierung gefragt werde, ob sie noch in dieser Session eine Vorlage, betreffend die Bewilligung von Geldmitteln für die durch die Ueberschwemmungen Geschädigten einbringen werde. (Beifall.)

Abg. v. Benda empfiehlt ebenfalls Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. v. Gerlach: Er habe gewiß Sinn für den Ruhm und die Ehre der preussischen Armee; er selbst und zwei seiner Brüder hätten den großen Befreiungskrieg gegen Frankreich mit durchgemacht. Indessen habe er doch schwere Bedenken gegen die Vorlage. Denn was seien die Folgen der neueren Kriege gewesen? Amerikonen deutscher Länder und insbesondere die schmerzliche Zerreißung des deutschen Volkes durch den Kulturkampf. Erst müßten diese Wunden geheilt sein und dann sei es Zeit zur Errichtung einer Ruhmeshalle.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Der fünfte Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Geschäftssprache der Beamten, Behörden und politischen Körperschaften des Staates.

Die Diskussion beginnt bei § 3. Derselbe lautet nach den Beschlüssen der Kommission:

„Ist vor Gericht unter Betheiligung von Personen zu verhandeln, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, so muß ein beeidigter Dolmetscher zugezogen werden. Personen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, leisten Eide in der ihnen geläufigen Sprache. Das Protokoll ist in diesen Fällen in deutscher Sprache aufzunehmen und, falls es einer Genehmigung Seitens einer der deutschen Sprache nicht mächtigen Person bedarf, derselben durch den Dolmetscher in der fremden Sprache vorzutragen. Die Führung eines Nebenprotokolls in der fremden Sprache findet nicht statt, jedoch können Aussagen und Erklärungen in fremder Sprache, wenn und soweit der Richter dies mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache für erforderlich erachtet, auch in der fremden Sprache in das Protokoll oder eine Anlage niedergeschrieben werden. In dazu geeigneten Fällen kann dem Protokoll eine durch den Dolmetscher zu beglaubigende Uebersetzung beigelegt werden.“

Der § 3 wird nach Verwerfung eines Amendements der Abg. Dr. Franke u. Gen. unverändert angenommen.

Desgleichen wird § 4 ohne Diskussion angenommen. — § 5 lautet:

„Bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit können die Betheiligten dem Dolmetscher die Ableitung des Eides erlassen. Dieser Verzicht muß in der Sprache der Betheiligten im Protokoll vermerkt werden.“

Abg. Beileites beantragte, dem § 5 folgendes Alinea zuzufügen:

„Bei denjenigen Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, bei denen die Zuziehung eines Protokollführers gesetzlich nicht erforderlich wird, bedarf es auch der Zuziehung eines Dolmetschers nicht, wenn der Richter der fremden Sprache mächtig ist.“

Nach kurzer Besprechung des Antragstellers wird dieser Antrag Beileites mit großer Majorität angenommen, desgl. auch der so veränderte § 5.

§ 6 lautet: „Die Zuziehung eines Dolmetschers kann unterbleiben, wenn die betheiligten Personen sämtlich der fremden Sprache mächtig sind. In diesem Falle kann das Protokoll, sofern es Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit betrifft, in der fremden Sprache aufgenommen, es muß jedoch die Uebersetzung in das Deutsche alsbald bewirkt werden.“

Dazu liegen 2 Amendements vor. Das eine ist vom Abg. Hansen gestellt und lautet: Dem § 6 als Absatz 2 hinzuzufügen: „Falls das in deutscher Sprache aufgenommene Protokoll der Genehmigung seitens einer der deutschen Sprache nicht mächtigen Person bedarf, ist es derselben durch eine der amtlich mitwirkenden Personen in der fremden Sprache vorzutragen.“

Dasselbe wird ohne Diskussion mit dem § 6 angenommen; ein anderer vom Abg. Dr. Franke gestellter Antrag ohne Diskussion abgelehnt. — Ein von der Kommission zugesetzter § 6a wird ebenfalls angenommen.

Unter den nun folgenden Paragraphen fallen die §§ 7, 8, 10 nach Vorschlag der Kommission fort, § 9 wird ohne Diskussion angenommen. Darauf wird die Diskussion über die §§ 11 und 12 zusammen eröffnet. (Der Minister des Innern, Graf Culenburg, ist in das Haus getreten.) Der § 11 hebt die bisherigen, dem Gesetze entgegenstehenden Vorschriften unter namentlicher Aufzählung eines großen Theiles desselben auf.

§ 12 lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: Unberührt von diesem Gesetze bleiben: 1) die Vorschriften, nach welchen den, der deutschen Sprache nicht kundigen Soldaten die Kriegsarbeiten in ihrer Muttersprache vorzulesen sind, 2) die Vorschriften über die Anstellung der Dolmetscher, über ihre Ablehnung und ihre Fähigkeit zur Mitwirkung in einer bestimmten Sache, vorbehaltlich der Bestimmung des § 6a, 3) die Vorschriften über das Verfahren bei Uebersetzung von Urkunden, 4) die Vorschriften über das Verfahren der Notare. Jedoch tritt der § 34 des Gesetzes über das Verfahren bei Aufnahme von Notariatsinstrumenten vom 11. Juli 1845 (Gesetzsammlung Seite 487) außer Kraft.

Soweit die zu Nr. 3 und 4 erwähnten Vorschriften die Beeidigung der Dolmetscher erfordern, erfolgt diese nach § 4 dieses Gesetzes.

An Stelle des fortgefallenen § 10 nimmt Abgeordneter v. Lyskowski § 11 seinen in der Kommission bereits gestellten Antrag wieder auf, dahingehend, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auf die ehemals polnischen Landestheile keine Anwendung finden sollten.

Nachdem Abg. Plath noch gegen Kantak für diesen Antrag gesprochen, nimmt das Wort: Abg. Dr. Legid: Der Abg. Lyskowski hat einen Auspruch des Ministers v. Stein zitiert aus dem Jahre 1822. Dagegen ist nun einzuwenden, daß Stein damals nicht Minister, sondern Gutsbesitzer gewesen ist, und als Stein Minister war, gab es noch keine deutsche Regierung in Polen. Ich möchte auch daran erinnern, daß das Mitglied, welches diesen Antrag gestellt hat, aus Westpreußen ist. Daß ein national-polnischer Redner für die polnische Nationalität an dieser Stelle mit solcher Verbe hat eintreten können, das ist das Produkt einer Geschichte, die für beide Theile schmerzhaft ist. Das deutsche Ordensland Preußen wurde von Polen erobert und der systematische Vernichtungskrieg gegen das deutsche Element hat eine solche Bevölkerung erzeugt, als deren Vertreter wir so eben den Herrn Antragsteller vernommen haben. Das von der Regierung vorgelegte Gesetz ist aber ein äußerst humanes. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Abg. v. Lyskowski noch einmal die von seinen Parteigenossen eingelegene Taktik gerechtfertigt, bemerkt Abg. Hansen, daß gegenüber der Thatsache, daß die dänischen Uebersetzungen höchst mangelhaft sind, der Antrag Franz aus praktischen Gründen schon empfehlenswerth sei.

Nach kurzer persönlicher Kontroverse zwischen den Abg. Plath und Kantak wird der Antrag des Abgeordneten v. Lyskowski abge-

lehnt, die §§ 11 und 12 in der Fassung der Kommission, nur durch den Zusatz des Abgeordneten Lyskowski zum § 12 verändert, angenommen. Desgleichen werden dann auch § 13, Ueberschrift und Einleitung des Gesetzes angenommen. Den mündlichen Nachtragsbericht der Geschäftssprachen-Kommission betreffend, Eingabe des rühreren Abgeordneten Kassen wird auf die 3. Beratung, unter Zustimmung der Abg. Plath und v. Carlins, verschoben und ist diese Nummer der Tagesordnung erledigt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Aufsichtsbefugnisse des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen. Der Kultusminister Dr. Falk hat am Regierungstische Platz genommen.

In der Generaldiskussion erhält das Wort Abg. v. Schorlemer-Mst: Dieses Gesetz werde jedenfalls das letzte Kulturkampfgesetz in dieser Legislaturperiode sein. Er wolle zunächst der Ausrückung eines liberalen Abgeordneten entgegenstehen, der gesagt habe, das Zentrum sei in diesem Kampf ermattet und befände sich auf dem Rückzug. Das sei nicht wahr und die Herren würden noch oft bei Staatsberatungen u. dergl. die Thätigkeit seiner Partei bewundern können. Die „Rheinische Zeitung“ habe vor Kurzem gemeldet, daß die Kurie das Spiel, das sie angefangen, doch verloren habe. Er erinnere aber daran, daß nicht die Kurie dieses „Spiel“ inaugurirt habe, sondern daß es zuerst Bismarck gewesen sei, der dies Spiel mit den heiligsten Interessen seiner (des Redners) Glaubensgenossen begonnen habe, und daß dieses Spiel ein frevelhaftes sei. (Unruhe links.) Sehr wahr im Zentrum.) Man habe in diesem Kampfe immer von Parität gesprochen: Er glaube, daß man mit mehr Recht von einer Imparität sprechen könne. — Alle Einrichtungen, durch die die katholische Kirche nur irgendwie geschädigt werden könnte, wurden getroffen; während bei der evangelischen Kirche alle Elemente, die eine Trennung hätten herbeiführen können, ferngehalten seien. Eine weitere Folge des Kulturkampfes sei der Mangel an Lehrern. Denn die Orden und Kongregationen, deren Mitglieder sich freiwillig dazu hergegeben hätten, habe man vertrieben. Es seien ferner hochwichtige Verfassungsrechte gefallen, bedeutende Freiheiten seien eingeschränkt, jeder Wohlstand selber sei durch den Kulturkampf ruiniert worden. (Ob links.) Er wüßte allerdings, daß er das Haus noch zur Ablehnung der Vorlage bewegen könnte. Im Uebrigen könne er aber versichern, daß seine Partei den Kampf mit derselben Entschiedenheit führen würde, wie bisher. (Lebhafter, anhaltender Bravo im Zentrum, Rechts links.)

Abg. Hauke: Ich will nur auf einen Punkt aus der Rede des Herrn v. Schorlemer-Mst zurückkommen. Er erbob den Vorwurf der Imparität und leitete ihn aus den vermögensrechtlichen Verhältnissen des Alt-Katholiken-Gesetzes her. Ich konstatire nun wiederholt, daß darin ein großer Unterschied liegt, daß die Alt-Katholiken ja gar nicht auscheiden wollten, sondern daß sie herausgedrängt worden sind, während jene Bestimmungen der Synodal-Ordnung von dem Vermögen derjenigen Personen handeln, die freiwillig auscheiden. — Sodann muß ich auf 2 Angriffe des Hrn. Dautenberg zurückkommen. Während er im Vorjahre bei dem Gesetze, das ihn als Pfarrer weit mehr interessiren mußte, mit einer gewissen Milde vorging, tritt er diesmal gegen die liberale Mehrheit des Hauses und gegen den Kultusminister mit einer Schärfe auf, als ob er schon Bischof wäre. (Beifall.) Zweitens bemerkte der Abg. Dautenberg, daß die Landeseigenheiten nicht würdig behandelt werden, und er wandte sich an die Linke. Ich kann nur sagen, daß er sich an eine richtige Adresse gewendet hätte, wenn er diese Aeußerung an seine Parteigenossen hätte richten wollen, denn da ich ihnen näher sitze, muß ich oft seltsame Zwischenbemerkungen hören, sobald des Herrn Reichsfinanzers oder Kultusministers erwähnt wird. — Dem Herrn Dr. von Jagdowski muß ich ferner kurz bemerken, daß die katholische Kirche in der Vermögens-Verwaltung an die Gesetze des Staats gebunden ist, in dessen Gebiete sich die einzelnen Vermögensstücke befinden, und daß die katholische Kirche — wenn auch eben nicht nach seinem Wunsch — vom rechtlichen Standpunkt stets durch die Staatsgesetze eingeengt werden muß. Der in zweiter Lesung angenommene Zusatz zum § 6 ist von tiefgehender Bedeutung, und ich halte ihn für äußerst heftig. Denn Sie wollen die Thätigkeit der Selbstverwaltungsorgane auf ein Gebiet hinübertragen, das ja über die Grenzen Preußens hinausgeht. Aber Sie schaffen auch durch diese Bestimmungen des § 6 eine Imparität innerhalb der katholischen Kirche und den evangelischen Glaubensgenossen gegenüber; ich sage innerhalb der katholischen Kirche, weil ein gemeinsames Verwaltungs-gesetz nicht vorhanden ist; die evangelischen Glaubensgenossen aber können auf dasselbe Recht Anspruch machen. Schaffen Sie die unteren Instanzen also weg und lassen Sie allein das Ober-Verwaltungsgericht bestehen.

(Der zweite Vizepräsident Graf Bethusy-Huc übernimmt das Präsidium.)

Abg. Dr. Behrenspennig: Der Abg. Schorlemer habe gesprochen von den eisenbeschlagenen Schuhen der Agrarier, die sich unter der Fahne des Fürsten Bismarck jetzt sammeln. Er wisse nicht, weshalb der Herr Abgeordnete dies gesagt habe. Das aber wisse er, daß eine gewisse Partei einst sehr gern sich unter demselben Banner gesammelt hätte. Der Herr Abgeordnete hätte besser gethan, dieses Bild der Eisenbahnzeitung zu überlassen, wo der passende Ort dafür gewesen sei. Was die übrigen Ausführungen des Abgeordneten betreffe, so müsse er eigentlich schon hundertmal Geistes wiederholen. Der Kulturkampf sei jetzt nicht bloß auf Deutschland beschränkt, ganz Europa hätte sich diesem Kampfe angeschlossen und die Ultramontanen hätten überall den Kampf verloren. (Ob im Zentrum.) Sie lägen zwar jetzt im Staube, doch wollte seine Partei ihnen nicht noch wie Falstaff dem todtten Percy, einen Stoß geben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): Er erkläre, daß, mögen die Agrarier dem Fürsten Bismarck die Schleppe tragen oder nicht, seiner Partei das ganz gleichgültig sei. Seine Partei werde stets für wahre Freiheit und für einen Rechtsstaat kämpfen und hoffentlich erblühen, als die national-liberale Partei. Sie seien ja schon jetzt nichts Anderes, als die reine ministerielle Partei. (Sehr wahr im Zentrum.) (Ob links.) Was die weiteren Ausführungen des Vordredners betreffe, so behaupte er, daß die katholische Kirche niemals glänzender dagestanden hat auf dem Erdball als jetzt. (Ob links.) Die Ausführungen des Abg. Behrenspennig würden zur Sozialdemokratie führen und er habe fälschlich auf Frankreich hingewiesen, wenn er dieses Land als Beispiel der gedrückten Lage der katholischen Religion angeführt habe. Hier herrsche, auch nach den Intentionen des von dem Herrn Abgeordneten so gelobten Unterrichtswesens volle Unterrichtsfreiheit.

Die Rede des Abg. Windthorst richtet sich in einem wesentlichen Theile gegen die Behauptung des Abg. Behrenspennig, nach der die Ultramontanen gegenwärtig überwunden am Boden liegen sollen, und die den Herrn Abgeordneten für Meppen sehr erregt zu haben scheint. Im Uebrigen ist dieselbe, wie die meisten Reden des Abgeordneten Windthorst, erkennbar auf die Wirkung nach außen berechnet, was sich namentlich aus einzelnen Wendungen und Einschaltungen erkennen läßt, u. A. aus dem Ausrufe, mit dem er konstatirt, daß bei einer der fröhmsten Stellen seiner Rede ein „National-liberaler laut gelacht habe.“ Redner schließt seine Ausführungen mit dem Wunsche, wenn auch ohne die Hoffnung, daß das Gesetz abgelehnt werde, indem er zugleich die Erwartung ausdrückt, daß das Herrenhaus den Entwurf noch wesentlich amendiren werde.

Der Vizepräsident Graf Bethusy-Huc theilt mit, daß ein Antrag eingegangen sei auf namentliche Abstimmung über das Gesetz seitens des Abgeordneten v. Schorlemer und 56 Genossen.

Nach Schluß der General-Diskussion bemerken persönlich: Abg. v. Schorlemer-Mst: Es ist gesagt, ich wollte die National-liberalen vor den Agrariern bange machen, das ist nicht wahr, ich habe es auch gar nicht nötig.

Abg. Dr. Behrenspennig: Ich höre es gern, daß der Vordredner den Sieg der Agrarier wünscht, daß er aber heute zu demselben etwas beigetragen habe, soll er nicht glauben. (Redner verweist hierauf gegen einzelne Aeußerungen des Abg. Windthorst (Meppen).)

Beim § 1 entgegnet Abg. Dr. Birchow auf die Bemerkungen des Abg. Dr. Windthorst, daß er und seine Parteigenossen für die

Freiheit kämpfen, daß seine Partei gern die Unterstützung des Zentrums annehmen würde, wenn dieselbe faktisch für die Freiheit und der Wohlfahrt des Volkes dienliche Maßregeln eintreten würde, aber Redner wünscht nicht Bhränen, sondern tatsächliche Beweise; denn gewöhnlich stellte die Zentrumsfraktion doch nur Unterstützungsanträge, die nicht angenommen wurden und ließe immer noch einen Pakt mit sich schließen. Der beste Beweis, was die Zentrumsfraktions-Mitglieder für Begriffe von der Freiheit haben, geht daraus hervor, daß sie die Unterrichtsfrage als die Freiheit für die Unwissenheit erklärten. Redner schließt mit der Apostrophe, daß die Herren, nicht für die Kirche kämpften, sondern für den Papst, für den sich die preussischen Zentrumsmitglieder fast allein noch in die Pfanne hauen ließen, für den Jesuitismus, der allein die Herren Reichensperger und Gerlach als Vertreter der Freiheit neben einander geführt.

Persönlich bemerkt Abg. Reichensperger, daß er noch heute denselben Standpunkt einnehme, den er vor 28 Jahren in der frankfurter Nationalversammlung eingenommen. Abg. Dr. v. Gerlach bittet den Abgeordneten Reichensperger, ihn mit den Jesuiten doch näher bekannt zu machen. (Große Heiterkeit.)

Der Abg. v. Schorlemer-Mst wird unter Beifall des Hauses von dem Präsidenten Grafen Bethusy-Huc, der das Geschäftsordnungsmäßige Verfahren des Hauses sehr energisch den Prästitionen des Zentrums gegenüber wahr, wegen des gegen den Abg. Behrenspennig gebrauchten Ausdrucks „alberne Bhräne“ zur Ordnung gerufen. Darauf werden die §§ 2–15 ohne Debatte angenommen und alsdann namentlich über das ganze Gesetz abgestimmt. Das Gesetz wird mit 230 gegen 92 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung: morgen 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

* Bei der Fortsetzung der zweiten Lesung der Städteordnung wurde der § 14 von der Kommission in folgender Fassung angenommen: „Das Bürgerrecht steht jedem männlichen Gemeindeglieder angehörigen zu, der gleichzeitig a. dem deutschen Reiche angehört, b. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, c. das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, d. seit zwei Jahren in der Stadtgemeinde seinen Wohnsitz hat, und e. zur klassifizierten Einkommensteuer oder zur Klassensteuer veranlagt ist, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 42a (in welchem die Erhöhung des Klassensteuersatzes auf 12 Mark in den Städten gleichen Wahlrechts vorgegeben ist). Das Erforderniß des zweijährigen Wohnsitzes kann auf Antrag der Betheiligten durch Gemeindefeststellung erlassen werden.“ Die Zahl der Stadtverordneten in § 22 wurde abweichend von den Beschlüssen erster Lesung festgesetzt: für Städte bis 2500 Einw. 6, bis 5000 Einw. 12, bis 10,000 Einw. 18, bis 25,000 Einw. 24, bis 50,000 Einw. 30, bis 75,000 Einw. 36, bis 100,000 Einw. 42; für jede fernere Vollzahl von 50,000 Einw. treten 6 Stadtverordnete hinzu, bis die Zahl von 90 erreicht ist. — In Zusammenhang damit wurde der § 24 Abs. 2 und 3 dahin geändert, daß alle 3 Jahre die Hälfte der Stadtverordneten ausscheidet. Zu § 26 wurde der Antrag, daß die erste Klasse mindestens zwei Zwölftel der Wahlberechtigten umfassen müsse, wiederholt, aber abgelehnt. An der im § 43 festgesetzten Zahl der Magistratsmitglieder wurde festgehalten und Anträge, die eine weitere Herabminderung mit Rücksicht auf den zu § 22 über die Zahl der Stadtverordneten gefassten Beschlus bezweckten, verworfen. Die Beratung wurde bis § 46 fortgeführt.

* Die Reichsjustizkommission hat in ihrer Sitzung vom 11. d. in Bezug auf die Handelsgerichte die von der „Berl. Ant. Corr.“ neulich vorausgesetzte Entscheidung gefaßt. Nach eingehender Debatte wurde die Wiederherstellung der Handelsgerichte mit 23 gegen 5 Stimmen abgelehnt, dagegen die Befugniß der Landesjustizverwaltung, nach Bedürfnis bei den Landgerichten für ihre Bezirke oder für örtlich abgegrenzte Theile derselben eine oder mehrere, aus einem rechtsgelehrten Richter als Vorsitzenden und zwei Kaufleuten bestehende Kammer für Handelsfachen zu bilden, mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Mit der Mehrheit stimmten die Konfessionen, Dr. Zinn, die meisten National-liberalen und ein Mitglied des Zentrums; mit der Minorität die sämtlichen übrigen Mitglieder des Zentrums, die Fortschrittspartei und 2 National-liberale. Ein großer Theil der Majorität erklärte sich, ungeachtet seiner juristischen Bedenken gegen die Mitwirkung des Laienelements in Zivilsachen, für den nun angenommenen Vermittelungsantrag, weil er nicht verstand, daß in einem großen und angenehmen Theile des Volkes auf die Beibehaltung der handelsgerichtlichen Institution ein großer Werth gelegt werde, und weil es bedenklich erscheine, einer derartigen Strömung gegenüber Einrichtungen, die sich eingebürgert und an einzelnen Orten ohne Zweifel auch bewahrt hätten, gänzlich zu beseitigen. Auch war man von dieser Seite der Ansicht, daß die Schattenseiten, welche mit der Schaffung gesonderter Handelsgerichte verbunden seien, bei einer organischen Einfügung der Handelskammern in die Landgerichte in geringerem Maße hervortreten. In der Sitzung der Kommission vom 12. d. wurde die Bildung von Kammern für Handelsfachen in den Einzelheiten diskutiert, welche sich eng an die Vorschläge der Regierungsvorlage über die Bildung der Handelsgerichte angeschlossen und nur bezüglich der prozessualischen Gestaltung einige wesentliche Abweichungen enthielten. Eine längere Debatte entfiel sich hauptsächlich über die Zuständigkeit dieser Kammern, hinsichtlich welcher die Vorschläge des Abg. Becker sich ganz an den § 83 des Entwurfs des Gerichtsverfassungsgesetzes anlehnten. Dieselben fanden auch Annahme mit der vom Abgeordneten Wollff beantragten wichtigen Modifikation, daß nicht, wie der Entwurf es vorschlägt, Klagen aus einem einseitigen Handelsgeschäfte eines beklagten Kaufmanns, sondern — abgesehen von den besonderen Rechtsverhältnissen, wie Wechseln u. s. w. — nur Klagen gegen einen Kaufmann aus beiderseitigen Handelsgeschäften zur Zuständigkeit der Kammern für Handelsfachen gehören sollen. Hierdurch werden insbesondere Streitigkeiten zwischen Produzenten und Konsumenten einerseits und Kaufleuten andererseits regelmäßig von der Zuständigkeit ausgeschlossen. Ebenso gelangte ein Zusatzantrag des Abg. Eycholdt zur Annahme, wonach ein Beklagter, welcher nicht in das Handelsregister eingetragen ist, die Einrede der Unzuständigkeit bei der Zivilkammer nicht auf seine Eigenschaft als Kaufmann stützen kann. Dagegen wurde ein Antrag, die Wechselkassen den Kammern für Handelsfachen zu ziehen, mit geringer Mehrheit abgelehnt. Ein von Seiten der Regierung unterbreiteter Antrag auf Beseitigung des Anwaltszwanges in den vor die Kammern für Handelsfachen gehörenden Streitigkeiten gewann nur zwei Stimmen für sich, nachdem derselbe von den verschiedenen Seiten als eine ungerechtfertigte Privilegierung des Handelsstandes bezeichnet worden war. Dagegen wurde auf Antrag der Abg. Grimm und Struckmann beschlossen, die Einlassungsfrist in diesen Sachen auf zwei Wochen abzukürzen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 16. Mai.

r. Vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts kamen gestern 14 Anklagesachen gegen 22 katholische Geistliche wegen ungesetzlicher Ausübung geistlicher Amtshandlungen zur Verhandlung. Diese Geistlichen, unter denen sich auch mehrere staatsgetreue Priester, z. B. Wellnits (Kosten), Dzidkowski, Prominski (Wirk) befanden, waren angeklagt, bei Ablässen und anderen Gelegenheiten in fremden Pfarochien (im Kreise Kosten) geistliche Amtshandlungen verrichtet zu haben, entgegen den Bestimmungen von § 23 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 und von Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1871, nach welchen eine Geldstrafe von 100 Thlr. Denjenigen trifft, der geistliche Amtshandlungen in einem von ihm nicht dauernd verwalteten Pfarramte vornimmt, ohne den Nachweis führen zu können, daß er zu einem hierzu ermächtigenden Amte oder zur Stellver-

setzung oder zur Hilfeleistung in einem solchen Anse unter Beobachtung der §§ 1 bis 3 des genannten Gesetzes berufen worden sei. Das königliche Kreisgericht zu Kosten hatte diese sämtlichen Geistlichen freigesprochen, da dieselben vor Erlass des Gesetzes vom 11. Mai 1873 angestellt sind, nachweislich nur zur Hilfe in jenen fremden Pfarren vorübergehend Amtshandlungen verrichtet hatten, und es demnach nicht für tatsächlich festgestellt werden konnte, daß die Angeklagten den Nachweis schuldig geblieben, daß sie zu einem zu diesen Amtshandlungen ermächtigenden Amte unter Beobachtung der §§ 1—3 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 berufen worden seien. Gegen dieses freisprechende Erkenntnis hatte die Staatsanwaltschaft appellirt, und kamen gestern sämtliche 14 Anklagesachen vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichtes zur Verhandlung. Dieselbe endete mit der Bestätigung des freisprechenden Urtheils erster Instanz.

Herr Stefan Buzekowski, Verwaltungs-Mitglied des polnischen Nationalmuseums zu Kapperswyl, hat zur hundertjährigen Jubel-Feier der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung ein Werk geschrieben und dasselbe den Amerikanern gewidmet. Ein Exemplar davon hat der Verfasser an den Präsidenten Grant überandt, und darauf von dem letzteren ein dankendes Antwortschreiben erhalten.

Das polnische Nationalmuseum zu Kapperswyl (in der Schweiz) wird am 4. Juli die hundertjährige Jubel-Feier der nordamerikanischen Unabhängigkeit begehen und zugleich das Andenken der Polenführer Kosciuszko und Pulawski feiern, die in Amerika für die Freiheit gekämpft haben.

Die diesjährige pöserer Pastoral-Konferenz wird hier dem durch das Moderamen jenen veröffentlichten Programm zufolge am 6. und 7. Juni stattfinden. Vorangeht, wie alljährlich, die Feier des Jahresfestes des Diakonissenhauses Dienstag Abend 6 Uhr in der St. Pauli-Kirche. Die Festpredigt hält Pastor Rantz aus Bromberg. Am selben Tage Abends 8 Uhr erfolgt die Begrüßung der Gäste im Offizier-Speiseaal des westfälischen Füsilier-Regiments Nr. 37 am Ranonienplatz. Die Konferenz selbst wird am Mittwoch, den 7. Juni, Morgens 8 Uhr, im Saale der Valentin-Glaubitz'schen höheren Mädchenschule auf der großen Ritterstraße durch eine Ansprache des Superintendenten Warnitz aus Obornik eröffnet. Es folgt nach derselben der Vortrag des vom Diakonus Witting aus Posen gefertigten Referats über die ursprünglich theokratische Bedeutung des Defalogs und die Berechtigung einer rein ethischen Betrachtungsweise desselben. Den Beschluß macht das Referat des Pastor Hensel aus Buny über die sogenannte oxford'sche Bewegung und die Stellung der deutschen Protestanten zu derselben.

„Zu vorchristliche Lager treibt“ nicht „trübt“ muß es natürlich in unserer Bemerkung zu der 2-Korrespondenz in unserer heutigen Morgennummer heißen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Posen, 16. Mai. Ueber die bereits gemeldete Verhaftung des Grafen Stanislaus Plater, welche fortfährt, nicht geringes Aufsehen zu machen, liegen jetzt nähere Nachrichten vor. Graf Plater war, wie man weiß, persönlich hantender Gesellschafter der pöserer Kommanditgesellschaft Bankverein „Tellus“ Bninski, Chlapowski, Plater & Co., einer Gesellschaft, welche im Jahre 1863, hauptsächlich mit polnischem Gelde entstand und auf bescheidener Grundlance ziemlich rentabel arbeitete, bis im Jahre 1872 das Kapital von 500,000 Thlr. auf zwei Millionen erhöht wurde, infolge wovon auch diese „Drei-Grafen-Bank“ — wie man sie häufig nannte, sich in allerlei gewagte Spekulationen und Kreditgeschäfte stürzte, bis im Oktober 1873 die schon seit Ausbruch der Börsenkrise vorhandenen Kalamitäten zur Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der Bank und der persönlich hantenden Gesellschafter führten. Das Kapital der Aktionäre stellte sich nunmehr als vollständig verwirthelet heraus; aber auch darüber hinaus war noch fast eine Million Thaler verloren gegangen. Graf Plater selbst durfte natürlich formell aus diesem Schiffsbruch nichts retten. Dafür aber blieb seine Gattin glückliche Besitzerin von keineswegs unbedeutendem Grundbesitz jenseits der Grenze.

Eibing, 13. Mai. Der am Sonnabend in Angelegenheiten der Westpr. Eisenhütte in Unterungung gezogene hiesige Bankier Litten ist nunmehr nach der „E. B.“ am Dienstag Nachmittag gegen eine Kaution von 20,000 Thlr. aus dem ihm auferlegten Hausarrest entlassen; es soll aber daran zugleich die Bedingung geknüpft sein, daß Herr L. die Grenze der Stadt einstweilen nicht überschreiten darf.

Köln, 15. Mai. Die Einnahmen der Köln-Mindener Eisenbahn im Monat April betrugen auf der Hauptbahn 55,993 Mk. weniger, auf der Linie Köln-Gießen 63,643 Mk. weniger und auf der Linie Benslo-Hamburg 187,352 Mk. mehr als im gleichen Monat des vorigen Jahres.

Pest, 15. Mai. Bei der heutigen Ziehung der ungarischen Loose fiel der Haupttreffer von 150,000 fl. auf Nr. 50 der Serie 4219, 15,000 fl. fielen auf Nr. 36 der Serie 4219, 5000 fl. auf Nr. 26 der Serie 4185 und je 1000 fl. auf Nr. 27 der Serie 5327, auf Nr. 42 der Serie 3026 Nr. 7 der Serie 190 und Nr. 10 der Serie 1787. Ferner sind folgende Serien gezogen: 9, 1126, 1291, 1346, 1435, 2201, 2447, 2527, 2666, 3026, 3285, 4185, 4219, 4752, 5325, 5327.

Vermischtes.

Köln, 13. Mai. Ueber die (telegraphisch erwähnte) Kessel-Explosion meldet die „K. B.“ folgendes Nähere: Eine schreckliche Katastrophe verurtheilte heute die Gemüther der hiesigen Einwohner in große Aufregung. Gegen 11 Uhr Vormittags vernahmen die Bewohner des Umibertslofters und der umliegenden Straßen bis nach dem Eigelstein hin, sogar vor dem Eigelsteiner Thore auf dem Felde beschäftigte Leute, einen fürchterlichen donnerähnlichen Schlag, der die Häuser der Krähengasse, unter Kahlenhausen und am Umibertslofters erbeben machte. Im selben Augenblicke flogen große und kleine Giebeltheile, ganze und zerstückte Balken, Bretter, Zinfassungen, Dachpfannen und Steine, letztere in großer Menge, durch die Luft und fielen in die nahe der Umibertslofters liegenden Gärten und Straßen, auf die Dächer und durch die Fenster in die Wohnungen nieder. Die Bewohner der betroffenen Häuser liefen voll Angst und Schrecken zusammen und stürzten hinaus ins Freie, in dem Glauben, ein mächtiges Erdbeben habe die Stadt heimgesucht und die nächste Minute werde ihnen den Untergang bringen. Nach einigen Sekunden, als der Stein- und Balkenregen zu Ende war, wandte man sich dem Orte zu, von wo das entsetzliche Ereigniß ausgegangen. Es war das am Umibertslofters 5 und 7 zwischen den dichtbebauten obergenannten Straßen und in nächster Nähe des Marien-Hospitals gelegene Etablissement von Ferd. Mayer, Fabrik für mechanische Weberei von Laing, Serge de Berry und Schuß-Elastiques. Hier bot sich nun dem Auge ein unbeschreiblicher schauerhafter Anblick dar. Das Maschinenhaus der Fabrik lag in Folge einer Kessel-Explosion vollständig in Trümmern. Die meisten der daselbst beschäftigt gewesen Arbeiter unter denselben begraben. Drei unter Kahlenhausen liegende kleine Häuschen waren durch die Gewalt der Explosion ebenfalls eingestürzt. In dem Marien-hospital hatte die fürchterliche Katastrophe mehrere Fenster herausgerissen. Der Kessel hatte in mehrere Theile zersplittert den Weg durch das Dachwerk in die Höhe genommen. Ein mächtiger Theil desselben, dessen Schwere man auf 30 Zentner schätzte, war wohl 150 Fuß weit über ein etwa 35 Fuß hohes Haus der Krähengasse mit solcher Wucht gegen das gegenüberliegende Haus geworfen worden, daß er einen Theil der Vordermauer mit einem Fenster weggerissen hatte. Dieser Kesseltheil lag in der Kräh-

engasse. Ein zweites großes Stück des Kessels war noch weiter, etwa 300 Fuß, durch die Luft geflogen, hatte in seinem Falle an der hinteren Seite eines neuen Hauses unter Kahlenhausen das Dach zertrümmert und war bis auf die zweite Etage des Gebäudes durchgeschlagen. Der ganze Viehmarkt lag voller Balken, zerstückter Holztheile, Steine etc. Durch die Glaschabung des noch weiter abliegenden Schlachthofes waren Ventile, sonstige Giebeltheile, Steine und Holztrümmer niedergefallen. Fast alle Häuser in der Nachbarschaft der Unglücksstelle hatten mehr oder weniger an Dächern, Mauerwerk und Fenstern gelitten. Am Nachmittag gegen 1/4 Uhr, wo Feuerweh und Soldaten noch mit Fortschaffung der Trümmer der eingestürzten Gebäude und mit Niederlegung eines zu der betroffenen Fabrik gehörigen, sehr beschädigten Hauses beschäftigt waren, hatte man im Ganzen neun schwer Verwundete, denen im Marienhospital die erste Hilfe gereicht worden, dem Bürgerhospital übergeben, einer war im erkrankten Institute gestorben, so daß die Zahl der Todten — fünf wurden als solche aus den Trümmern gezogen — sechs beträgt. Die Schwerverletzten, fünf Männer und vier Frauen, haben Verwundungen am Kopf, wie Schädelbrüche, Johann komplizierte Armbrüche, Verwundungen etc. erlitten; der Zustand von vier der Unglücklichen ist lebensgefährlich. Außer den erheblich Verletzten befinden sich noch zwei, eine Frau und ein kleines Mädchen, im Bürger-Hospital, welche bei dem Einsturz der kleinen Wohnhäuser unter Kahlenhausen verschüttet worden waren. Dieselben hatten krank im Bette gelegen. Ihr Zustand ist nicht bedenklich. Mehrere Personen, zu denen auch der Fabrikbesitzer gehören soll, mit wenig gefährlichen Verletzungen, Kontusionen, kleinen Quetschungen und dergleichen wurden im Marienhospital verbunden und konnten dann nach Hause entlassen werden. Wie es heißt, bißte auch der erste Heizer bei dem Unglücke sein Leben ein; der zweite, der gänzlich unbeschädigt geblieben, soll verhaftet sein. Vermißt wurde um die vorbenannte Stunde noch eine Person.

Johann Strauß ist in Berlin eingetroffen, um im Stadtpark zu konzertiren. Er wohnte am Donnerstag der 198. Aufführung seiner Operette: „Die Fledermaus“ im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater bis zum Schluß bei und äußerte sich an betreffender Stelle hinsichtlich der Leistungen mit außerordentlicher Anerkennung.

Wolfgang Freiligrath, der älteste Sohn des kürzlich verstorbenen Dichters, hat in den letzten Tagen der vergangenen Woche mit dem langjährigen Freunde seiner Familie, Herrn R. Wehn in Melle (Hannover) ein Kunstbändlergeschäft unter der Firma „Freiligrath und Wehn“ etablirt.

Humor im Buchhandel. Ein Zirkular der Firma Minde in Leipzig zeigt den Untergang der Welt für den 28. August 1876 an. Nichts desto weniger will Minde nichtverkauft Exemplare der anonymen Schrift bis Ende dieses Jahres zurücknehmen.

Die Hoftheater-Intendanz in München hat, wie die „Südd. Pr.“ mittheilt, den seit Jahren immer wiederkehrenden Klagen Gehör gegeben und durch den am 10. d. ausgegebenen Theaterzettel an die Besucherinnen des k. Hoftheaters „vorläufig die Bitte“ gerichtet, „dieselben möchten während der Vorstellung die Hüte abnehmen.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Eme, 15. Mai. Der König und die Königin von Belgien trafen mittelst Extrazuges heute Vormittag 9 1/2 Uhr zum Besuch des Kaisers von Rußland aus Baden hier ein und werden heute Abend von hier ihre Reise nach Brüssel fortsetzen.

Madrid, 13. Mai. Die Budgetkommission hat beschlossen, den früher auf den 20. d. M. angesetzten Termin zur Empfangnahme der Vorschläge und Vollmachten der Delegirten der Staatsgläubiger behufs einer parlamentarischen Untersuchung über die Staatsschuld bis zum Ende dieses Monats zu vertagen. Der Kongreß hat nunmehr die Kommission zur Untersuchung der spanischen Finanzoperationen in der Zeit vom Jahre 1869 bis 1874 ernannt.

Rom, 15. Mai. Die zum bevorstehenden Juni gekündigten Handelsverträge sollen, wie die „Agenzia Stefani“ erfährt, bis Ende April l. J. verlängert werden.

Kopenhagen, 15. Mai. Die Eröffnung des Reichstages findet heute ohne besondere Formalitäten statt. Der König und die Königin von Griechenland sind heute, Vormittags 9 1/2 Uhr, eingetroffen.

Kiel, 16. Mai. Der „Kieler Zeitung“ zufolge ist auch die Indienststellung der Korvetten „Gazelle“ und „Elisabeth“ und deren Abordnung nach dem Mittelmeere beschlossen worden.

Wien, 16. Mai. Das „Korrespondenzbureau“ meldet aus Konstantinopel: Den letzten Telegrammen zufolge sind die bulgarischen Insurgenten in mehreren Gefechten geschlagen worden; namentlich erlitten dieselben bei Olykanni große Verluste. Zahlreiche Unterwerfungen fanden statt. Die Truppen bereiten einen Angriff auf die von Insurgenten besetzten Ortschaften Kotel und Alan vor. Die in den Balkan geflüchteten Insurgenten werden verfolgt. In der Umgebung von Tatarbazaridj und Philippopoli sind 15000 Mann Truppen zusammengezogen. Die von Rußland, Italien, und Griechenland entsendeten Schiffe sind bereits eingetroffen.

Pest, 15. Mai. Die Delegationen sind eröffnet worden. Die Reichsraths-Delegation wählte Reichbauer zum Präsidenten. Die Regierung brachte den Vorschlag des gemeinsamen Staatshaushaltes für 1877 nebst Nachtragskredit für das Meer und die Marine, sowie die Schlusrechnung für 1874 und die Nachtragskredite für die den bosnischen und herzegowinischen Flüchtlingen gewährten Unterstüzungen ein. In der ungarischen Delegation wurde Sclavj zum Präsidenten gewählt und dieselben Vorlagen eingebracht.

Newyork, 13. Mai.

(Per transatlantischen Telegraph.)
Das Postdampfschiff des Nord. Roud „Klein“, Capt. H. C. Franke, welches am 29. April von Bremen und am 2. Mai von Southampton abgegangen war, ist heute 11 Uhr Vormittags wohlbehalten hier angekommen.

Strombericht.

- (Aus dem Sekretariat der Handelskammer.)
Schwerin a. W.
8. Mai. 10 Flöße, Ludwig Kant mit Rundstämmen von Obyzko nach Glien a. D., 11 Flöße, Andzejewski, mit Rundstämmen von Konin nach Glien a. D., Rahn 7090, Wilhelm Boede mit Kartoffeln von Lauske nach Landsberg a. W., Rahn 10,237, Reinhold Müller mit Kartoffeln von Birnbaum nach Küstrin a. D.
9. „ Rahn 2411, Karl Sammer mit Brettern von Obyzko nach Berlin.
10. „ 25 Flöße, Ignaz Kardilebski mit Rundstämmen, 30 Flöße, Stanislaus Kozelski mit Rundstämmen von Konin nach Glien a. D., Rahn 292, Franz Herfurth mit Spiritus, Rahn 293, Karl Hamen mit Spiritus von Birnbaum nach Berlin, Rahn 3081, Wilhelm Gilderslein mit Brettern von Reinhaus nach Ralbe a. S.

Berliner Viehmarkt.

S Berlin, 15. Mai. [Wochenbericht.] Auf dem heutigen Viehmarkt standen an Schlachtvieh zum Verkauf: 3030 Stück Hornvieh, 4732 Stück Schweine, 14,209 Stück Hammel und 1467 Stück Kälber. Der Auftrieb war viel zu stark und blieb das Geschäft daher meist schwerfällig und gedrückt, im Allgemeinen konnten sich jedoch die leistungsfähigsten Preise behaupten. Für Hornvieh war die Kauflust ziemlich rege, doch konnten die Bestände natürlich nicht geräumt werden. Die Preise stellten sich pro 100 Pfd. Flaw. für Ia. auf 54 bis 57 M., für Ia. auf 45—48 und für Ia. auf 32—35 M. Auch Schweine waren beliebt und verkaufte sich Primawaare leicht zum Preise von 60—62 M. pro 100 Pfd. Flaw. Hammel gingen zögernd ab und ließen auch reichlichen Bestand unverkauft zurück. Nur feinste Waare war begehrt und behauptete guten Preis. Kälber erzielten gute Mittelpreise.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 15. Mai. Spekulationspapiere schließlich matt. [Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 05. Pariser Wechsel 81, 00. Wiener Wechsel 168, 80. Böhmische Westbahn 151 1/2. Elisabethbahn 123. Galizier 161. Franzosen 224. Lombarden 65. Nordwestbahn 109 1/2. Silberrente 58 1/2. Papierrente 55 1/2. Russ. Bodencredit 85 1/2. Russen 1872 98 1/2. Amerikaner 1885 101 1/2. 1860er Loose 99. 1864er Loose 270, 00. Kreditaktien 115. Oester. Nationalbank 707, 00. Darmst. Bank 101 1/2. Berliner Bankverein 81 1/2. Frankfurter Wechselbank 76 1/2. Deft. Bank 90 1/2. Meininger Bank 78 1/2. Hess. Ludwigsbahn 99 1/2. Oberhessen 72 1/2. Ung. Staatsloose —. Ung. Schatzanw. alt 86 1/2. do. do. neue 84 1/2. do. Sib.-Dbl. II. 60. Centr.-Pacific 91 1/2. Reichsbank 155 1/2.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 113 1/2, Franzosen 223 1/2, Lombarden 64 1/2, 1860er Loose —, Nordwestbahn —, Galizier —.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 15. Mai. Die anfangs feste Tendenz wurde durch die von Auswärts gemeldeten Course verdrängt. Der gesammte Verkehr war gering. Renten und Anlagewerthe schwächer, Bahnen theilweise besser, Devisen unverändert.

[Schlußkurse.] Papierrente 65, 90. Silberrente 69, 75. 1854er Loose 106, 00. Nationalbank 846, 00. Nordbahn 1812. Kreditaktien 136, 00. Franzosen 264, 50. Galizier 191, 200. Russ. = Oest. 101, 00. Pardubitzer 118, 00. Nordwestb. 129, 00. Nordwestb. Lit. B 41, 00. London 120, 30. Hamburg 58, 50. Paris 47, 50. Frankfurt 58, 50. Amsterdam 99, 30. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 156, 00. 1860er Loose 111, 00. Lomb. Eisenb. 76, 75. 1864er Loose 133, 00. Unionbank 57, 00. Anglo-Austr. 65, 80. Napoleons 9, 55. Dufaten 5, 6 1/2. Silbercomp. 102, 75. Elisabethbahn 145, 75. Ung. Präm. —. D. Reichsbk. 59, 15. Türkische Loose 16, 50.

Paris, 15. Mai. Ruhig, wenig Geschäft. [Schlußkurse.] 3proz. Rente 67, 82 1/2. Anl. de 1872 105, 20. Italienische 5proz. Rente 71, 55. do. Tabakaktien —. do. Tabakobligationen —. Franzosen 558, 75. Lombard. Eisenbahn-Akt. 156, 25. do. Prioritäten 231, 00. Türken de 1865 12, 30. do. de 1869 75, 00. Türkenloose 38, 50.

Kredit mobilier 162. Spanier extér. 13 1/2, do. intér 12 1/2. Suezkanal-Aktien 723. Banque ottomane 363. Société générale 522. Egypter 230. — Wechsel auf London 25, 21 1/2.

London, 15. Mai, Nachm. 4 Uhr. Konsols 96 1/2. Italien. 5proz. Rente 71 1/2. Lombarden 6 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 8 1/2. 5proz. Russen de 1871 97 1/2. 5proz. Russen de 1872 97. Silber 53. Türk. Anleihe de 1865 12 1/2. 5proz. Türken de 1869 13 1/2. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1885 104 1/2. do. 5proz. fund. 106 1/2. Oesterreich. Silberrente —. Oesterreich. Papierrente —. 6proz. ungar. Schatzbonds 86 1/2. 6proz. ungarische Schatzbonds II. Emiss. 82 1/2. 5proz. Peruaner 19 1/2. Spanier 13 1/2.

Platzdiskont 1 1/2 %.
In die Bank flossen heute 129,000 Pfd. Sterl.
New-York, 13. Mai Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagio 12 1/2, niedrigste 12 1/2. Wechsel auf London in Gold 4 D. 87 1/2. C. Goldagio 12 1/2. 1/20 Bonds per 1885 114 1/2. do. 5proz. fundirt 117. 1/20 Bonds per 1887 120 1/2. Erie = Bahn 15 1/2. Central Pacific 107. New-York Centralbahn 110 1/2. — Waarenbericht. Baumwolle in New-York 12 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2. Petroleum in New-York 14, do. in Philadelphia 13 1/2. Mehl 5 D. 10 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 31 C. Mais (old mixed) 63 C. Zucker (fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio-) 17 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 13 1/2 C. Speck (fort clear) 11 1/2 C. Getreidefracht 7.

Produkten-Course.

Köln, 15. Mai, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23, 00, fremder loco 23, 50, per Mai 20, 75, per Juli 21, 25, Nov. 21, 90. Roggen, hiesiger loco 17, 00, per Mai 15, 20, per Juli 15, 40, Nov. 15, 75. Hafer, loco 19, 00, per Mai 18, 25, per Juli 17, 25. Rübsl, loco 33, 80, per Mai 33, 70, per Oktober 33, 50. — Wetter: —.

Bremen, 13. Mai, Nachmittags. Petroleum (Schlußbericht) Standard white loco 11, 50, pr. Juni 11, 65, per Juli 11, 75, pr. Aug. = Dezember 12, 35. Schwach.

Hamburg, 15. Mai, Nachm. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine höher. Roggen loco fest, auf Termine besser. Weizen pr. Mai 21 Br., 210 Gd., pr. Juli = August pr. 1000 Rilo 212 Br., 211 Gd. — Roggen pr. Mai 155 Br., 154 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Rilo 155 Br., 154 Gd. Hafer rubig. Gerste fest. Rübsl loco 64, per Mai 64, pr. Oktober per 200 Pfd. 64 1/2. Spiritus rubig, per Mai 34 1/2, pr. Juni-Juli 34 1/2, pr. Juli-Aug. 35 1/2, pr. September-Oktober pr. 100 Riter 100 Pct. 37 1/2. Kaffee rubig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 12, 00 Br., 11, 80 Gd., pr. Mai 11, 90 Gd., pr. August-Dezember 12, 10 Gd. — Wetter: Sehr trübe.

Liverpool, 15. Mai, Nachmittags. Baumwolle: (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Williger. Amerikaner auf Lieferung 1/2 d. billiger, Surats williger. Middl. Orleans 6 1/2, middl. amerikanische 6 1/2, fair Dhollerah 4 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middl. Dhollerah 3 1/2, middl. Dhollerah 3 1/2, fair Bengal 4, good fair Broad 4 1/2, new fair Omra 4 1/2, good fair Omra 4 1/2, fair Madras —, fair Pernam 6 1/2, fair Smyrna 5 1/2, fair Egyptian 6 1/2.

Paris, 15. Mai, Produktenbericht (Schlußbericht). Weizen fest, pr. Mai 29, 00, pr. Juni 29, 25, pr. Juli-August 30, 00. Sept.-Dec. 31, 00. Mehl behauptet, pr. Mai 63, 75, Juni 64, 25, pr. Juli-August 65, 25, Sept.-Decbr. 66, 50. Rübsl rubig, pr. Mai 80, 75, pr. Juli-August 81, 50, pr. Sept.-Dec. 83, 50, pr. Januar-April 85, 00. Spiritus rubig, per Mai 48, 25, pr. Juli-August 49, 25.

Amsterdam, 15. Mai, Nachm. Getreidemarkt Schlußbericht. Weizen loco geschäftlos, auf Termine unverändert, per Mai —, pr. November 308. Roggen loco unverändert, auf Termine niedriger, pr. Mai 182, pr. Oktober 192. Raps pr. Mai —, pr. Oktober 393 fl. Rübsl loco 36 1/2, pr. Mai —, pr. Herbst 37 1/2. — Wetter: Veränderlich.

London, 15. Mai, Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen besser, angekommene Ladungen fest. Andere Getreidearten stetig. — Wetter: Milde.

London, 15. Mai, Vorm. Die Getreidezufuhren vom 6. bis zum 12. Mai betrugen: Engl. Weizen 5346, fremder 24,485, englische Gerste 703, fremde 9817, engl. Malzgerste 21,474, fremde —, engl. Hafer 2190, fremder 59,815 Orts. Engl. Mehl 20,132 Sack, fremdes 2049 Sack.

Glasgow, 15. Mai. Robeisen. Mixed numbers warrants 57 sh 9 d.

Produkten-Börse.

Berlin, 15. Mai. Wind: NO. Barometer: 28. Thermometer: + 10° R. Witterung: bewölkt.

Weizen loco per 1000 Kilogr. 185-220 nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 209-210 bz., Mai-Juni do., Juni-Juli do., Juli-August 211,50-212,50 bz., Sept.-Okt. 213-214 bz. Roggen loco per 1000 Kilogr. 150-169 nach Qual. gef., russ. 150 156,50, polnisch 150 156,50, inländ. 164-168, defekt. russ. 120 130 ab Bahn bz., per diesen Monat 156-157-158,50 bz., Mai-Juni 154,50-156-155,50 bz., Juni-Juli 153-155-154,50 bz., Juli-August do., August-Sept. Sept.-Okt. 155,50-156 bz., Oktober - Gerste loco per 1000 Kilogr. 141 183 nach Qual. gef. - Hafer loco per 1000 Kilogr. 150 -195 nach Qual. gef., ost- u. westpr. 166-187, russ. 160-187, schwed. 186-190, pomm. und mekl. 186-190 ab Bahn bz., per diesen Monat 168 B., 167 G., Mai-Juni 166-166,50-166 bz., Juni-Juli do., Juli-August 161 bz., Sept.-Okt. 157,50-158,50-157,50 bz. - Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 178-210 nach Qual., Futterwaare 170-177 nach Qual. - Feinöl loco per 100 Kilogr. ohne Faß - M. - Rübsöl per 100 Kilogr. loco ohne Faß 64,5 bz., mit Faß per diesen Monat 64,8-65-64,9 bz., Mai-Juni do., Juni-Juli do., Juli-August - Sept.-Okt. 64 bz. - Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß loco 27 bz., per diesen Monat 24 bz., Sept.-Okt. 23,3 bz. - Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loco ohne Faß 47,8 bz., ab Speicher 47,5-47,6 bz., per diesen Monat - loco mit Faß per diesen Monat 47,8-48,2 bz., Mai-Juni do., Juni-Juli 47,8-48,3 bz., Juli-August 48,8-49 bz., Aug.-Sept. 49,8-50 bz., Sept.-Okt. 50-50,3 bz. - Mehl. Weizenmehl Nr. 0 28-27, Nr. 0 u. 1 26-24,50 Mfr. Roggenmehl Nr. 0 24-22,50 Nr. 0 u. 1 21,50-20 per 100 Kilogr.

Brutto inkl. Saft, per diesen Monat 21,35-21,40 bz., Mai-Juni do., Juni-Juli do., Juli-August 21,50 bz., Aug.-Sept. - Sept.-Okt. 21,65 - 21,70 bz.

Breslau, 15. Mai. [Amtlicher Produktenbörse-Bericht.] - Roggen (per 2000 Pfd.) höher, gefund. - Str., per Mai 153,50 G., Mai-Juni 151,50 bz., Juni-Juli 151,50 bz., Juli-August 153 B., Sept.-Okt. 154,50-155 bz. u. B. - Weizen 196 G., Sept.-Okt. - Gerste - Hafer 174 B. u. G., Mai-Juni - Juni-Juli - Raps 280 B. - Rübsöl fest, gef. - Str., loco 66 B., per Mai 65 B., Mai-Juni 64,50 B., Sept.-Okt. 63 B. - Spiritus fest, gef. - Liter, loco 46 bz. u. B., 45 G., per Mai u. Juni 46,50 G., Juni-Juli 46,50 G., Juli-August 47,50 B., August-Sept. 48,50 B., Sept.-Okt. 49 B. - Zink ruhig.

Die Börse-Kommission. (Br. Hds.-Bl.)

Stettin, 14. Mai. [Amtlicher Bericht.] Wetter: regnig. Therm. + 10° R. Barom. 28. Wind: NW.

Weizen fest, pr. 1000 Kilo loco gelber 180-203 M., weißer 195-207 M., Mai-Juni 208-209 M. bz., Juni-Juli 208,50-209,50 Juli-August 211,50-212 M. bez., Sept.-Okt. do. - Roggen fest, pr. 1000 Kilo loco inländischer 159-163 M., Russ. 148-150 M., Mai-Juni 146-147 M. bz. u. Gd., Juni-Juli do., Juli-August 146,50-147 M. bz. u. Gd., Sept.-Okt. 149,50-149-150,50 M. bz. u. Br., Okt.-Nov. 151 M. bez., - Gerste still, pr. 1000 Kilo loco feine 165-173 M. - Hafer stille, pr. 1000 Kilo loco 160-180 M., pr. Mai-Juni 166 M. Br. u. Gd., Sept.-Okt. 158,50 M. Gd., 159 M. Br., - Erbsen ohne Handel. - Mais pr. 1000 Kilo loco 125-127 M. - Winter- u. Sommer-Weizen unverändert,

pr. 1000 Kilo pr. Sept.-Okt. 290 M. bez. - Rübsöl geschäftlos pr. 100 Kilo loco ohne Faß 67 M. Br., pr. Mai und Juni 65,50 M. Br., Juni-Juli 63 M. Gd., Sept.-Okt. 63,50 M. Br. - Spiritus fest, pr. 10,000 Liter loco ohne Faß 47,80 M. bez., Mai-Juni 47,90 M. bez., Juni-Juli 48-47,80-48 M. bez., Br. und Gd., Juli-August 48,60 M. bez., August-Sept. 49,40 M. Br. u. Gd. - Angemeldet: Nichts. - Regulirungspreis für Kündigungs- gen: Weizen 208,50 M., Roggen 146,50 M., Rübsöl 65,50 M., Spiritus 47,90 M., - Petroleum, loco 12,30 M. bez., Regulirungspreis 12,30 M., pr. Sept.-Okt. 11,80 M. bz. u. Br., Nov.-Dez. 12,50 M. B., 12,25 M. Gd. (Mfr.-Btg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Offiz.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
15. Mai	Nachm. 2	27" 9" 97	+ 8° 0	WS 2-3	bedeckt, Ni.
15. "	Morgs. 10	27" 11" 40	+ 6° 4	WS 1	trübe, St.
16. "	Morgs. 6	28" 0" 38	+ 5° 1	WS 1	trübe, St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Mai Mittags 1,70 Meter.

= 15. = = 1,70 =

Berlin, 15. Mai. Die starke Abschwächung, welche sich am Sonnabend am hiesigen Platze sowohl als auch an den auswärtigen Börsen Bahn gebrochen hatte, war heute vollständig vergessen; die politischen Besorgungen waren in den Hintergrund getreten und die nächste Zukunft galt wenigstens nicht mehr gerade als gefährdet. Dennoch vermochte durchaus keine Besserung des Coursstandes zur Erreichung zu kommen. Es fehlte überall an Kauflust, und die Festigkeit beruhte nur auf der Haltung der Verkäufer. Die Spekulationseffekten setzten 3-4 M. über den Schlusskurs der Vorwoche ein, ohne daß sich eine größere Bewegung bildete. Selbst in Kreditaktien und Diskontos-

Kommandit-Antheilen stieg das Geschäft. Ebenso wenig Anregung fand der Verkehr in Lombarden und Franzosen. Auch österreichische Loose und Renten lagen fest, aber ganz geschäftlos. In Bahnen fanden nur Rheinisch-Westfälische zu etwas besseren Coursen Beachtung. Gegen baar gehandelte Werthe blieben unbeschäftigt. Galizier ziemlich fest, Rumänen angeboten. Für Banken fehlte das Interesse fast ganz; deutsche Nationalbank, Metropole, die Zentralbanken und Hypotheken-Institute traten in mäßigen Verkehr. Bergwerke geschäftlos. Industriewerthe vereinzelt begehrt. Anlagepapiere wenig verändert, doch erziehen russische und österreichische ungare etwas besser behauptet

als am Sonnabend. Preussische Fonds, Prioritäten und Pfandbriefe ohne Leben. Wechsel still. Geld flüssig. - Die Einnahmen der Rheinisch-Westfälischen Eisenbahn, welche nur für Venzla-Samburg eine kleine Mehreinnahme ergibt, fand wenig Beachtung. Die Haltung des gesamten Verkehrs blieb in der weiteren Entwicklung des Geschäftes mehr abwartend, konnte aber im Allgemeinen als fest gelten. - Per ultimo notiren wir: Diskontos-Kommandit-Antheile 110,25-110,50, Laurahütte 56,25-56,50, Kreditaktien 227,50-6,50-8,50-7, Oberösterreichische Walzwerke verloren 1. Der Schluss war matt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 15. Mai 1876.

Preussische Fonds und Geld.

Course.

Consol. Anleihe	4 1/2	104,50 bz
Staats-Anleihe	4 1/2	99,70 bz
Staats-Schuld.	3 1/2	94,50 bz
Kur- u. Neumark.	3 1/2	91,00 bz
Ob.-Schuldb.	4 1/2	101,70 bz
Berl. Stadt-Obl.	4 1/2	102,20 bz
do. do.	4 1/2	93,25 bz
Städt. Stadt-Anl.	4 1/2	101,70 bz
Rheinprovinz do.	4 1/2	101,50 bz
Schuld. d. B. Rfm.	5	100,30 bz
Pfandbriefe:		
Berliner	4 1/2	102,00 bz
do.	5	106,25 G
Brandb. Central	4 1/2	95,80 bz
Kur- u. Neumark.	3 1/2	85,75 bz
do. neue	3 1/2	85,00 bz
do. do.	4	95,50 G
do. neue	4 1/2	103,00 G
N. Brandb. Cred.	4 1/2	85,90 bz
Preussische	4 1/2	95,90 G
do.	4 1/2	102,00 G
Pommersche	3 1/2	84,60 bz
do.	4	95,60 G
do.	4 1/2	102,60 G
Pfandbriefe, neue	4 1/2	94,90 bz
Schlesische	3 1/2	
do. alte A. u. C.	4	
do. A. u. C.	3 1/2	84,75 bz
Westph. ritterl.	4 1/2	96,00 G
do.	4 1/2	101,30 G
do. II. Serie	5	106,00 bz
do. neue	4 1/2	98,00 G
do.	4 1/2	101,25 G
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumark.	4	97,60 bz
Pommersche	4	97,50 bz
Pfandbriefe	4	97,00 bz
Preussische	4	97,00 bz
Rhein- u. Westf.	4	98,00 bz
Schlesische	4	98,79 bz
Schlesische	4	97,20 G
Souvereigns		20,34 bz
Napoleon's or		16,18 bz
500 Gr.		
Dollars		
Imperials		
500 Gr.		
Preuss. Banknot.		80,85 bz
Frankf. Banknot.		169,00 bz
do. Silbergulden		175,00 bz
do. 1/2 Stücke		
Russ. Noten		266,60 bz

Deutsche Fonds.

Pr. A. v. 55a 100bz.	3 1/2	131,00 bz
Pr. A. v. 40bz.	3 1/2	254,40 bz
Pr. A. v. 67	4	118,50 bz
do. 35fr. Obligat.	4	136,50 bz
Pr. A. v. 100bz.	4	121,60 bz
Pr. A. v. 100bz.	4	82,75 bz
Pr. A. v. 1874	4 1/2	101,50 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	109,25 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	116,00 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	109,00 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	106,25 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	170,30 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	170,00 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	89,60 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	20,40 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	101,25 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	135,75 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	102,75 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	96,25 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	101,09 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	95,75 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	100,50 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	100,75 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	101,50 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	105,25 B
Pr. A. v. 1874	4 1/2	102,00 B

Industrie-Aktien.

Brauerf. Pilsener	4	100,50 G
Danub. Rauten	4	17,00 G
Deutsche Rauten	4	48,00 G
Deutsch. Eisenb. Bau.	4	12,40 G
Druck. Stahl u. Eisen	4	
Dortmunder Union	4	14,00 B
Edelst. Stahl Act.	4	15,90 G
Edelst. Stahl Act.	4	22,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	14,50 B
Edelst. Stahl Act.	4	42,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	104,25 G
Edelst. Stahl Act.	4	63,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	35,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	79,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	83,00 B
Edelst. Stahl Act.	4	19,00 B
Edelst. Stahl Act.	4	56,50 B
Edelst. Stahl Act.	4	17,00 B
Edelst. Stahl Act.	4	114,90 B
Edelst. Stahl Act.	4	19,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	61,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	21,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	49,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	27,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	12,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	57,00 G

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	102,00 B
Pr. A. v. 1874	4	63,00 G
Pr. A. v. 1874	4	61,00 G
Pr. A. v. 1874	4	81,50 B
Pr. A. v. 1874	4	60,00 G
Pr. A. v. 1874	4	85,50 B
Pr. A. v. 1874	4	176,00 B
Pr. A. v. 1874	4	63,25 B

Industrie-Aktien.

Brauerf. Pilsener	4	100,50 G
Danub. Rauten	4	17,00 G
Deutsche Rauten	4	48,00 G
Deutsch. Eisenb. Bau.	4	12,40 G
Druck. Stahl u. Eisen	4	
Dortmunder Union	4	14,00 B
Edelst. Stahl Act.	4	15,90 G
Edelst. Stahl Act.	4	22,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	14,50 B
Edelst. Stahl Act.	4	42,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	104,25 G
Edelst. Stahl Act.	4	63,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	35,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	79,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	83,00 B
Edelst. Stahl Act.	4	19,00 B
Edelst. Stahl Act.	4	56,50 B
Edelst. Stahl Act.	4	17,00 B
Edelst. Stahl Act.	4	114,90 B
Edelst. Stahl Act.	4	19,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	61,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	21,50 G
Edelst. Stahl Act.	4	49,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	27,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	12,00 G
Edelst. Stahl Act.	4	57,00 G

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	102,00 B
Pr. A. v. 1874	4	63,00 G
Pr. A. v. 1874	4	61,00 G
Pr. A. v. 1874	4	81,50 B
Pr. A. v. 1874	4	60,00 G
Pr. A. v. 1874	4	85,50 B
Pr. A. v. 1874	4	176,00 B
Pr. A. v. 1874	4	63,25 B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mairisch	4	22,10 bz
Altona-Kiel	4	119,00 G
Bergisch-Markische	4	83,40 G
Berlin-Anhalt	4	105,90 G
Berlin-Dresden	5	24,90 G
Berlin-Görlitz	4	33,00 G
Berlin-Hamburg	4	174,75 G
Berlin-Magdeburg	4	79,90 G
Berlin-Stettin	4	122,50 G
Bresl. Schw.-Freibg.	4	77,25 G
Chemnitz	4	100,00 G
Chemnitz-Lit. B.	5	98,00 G
Chemnitz-Lit. C.	5	11,80 G
Chemnitz-Lit. D.	5	14,00 G
Chemnitz-Lit. E.	5	21,25 G
Chemnitz-Lit. F.	5	70,00 G
Chemnitz-Lit. G.	5	234,50 G
Chemnitz-Lit. H.	5	96,00 G
Chemnitz-Lit. I.	5	97,50 G
Chemnitz-Lit. J.	5	33,75 G
Chemnitz-Lit. K.	5	139,25 G
Chemnitz-Lit. L.	5	127,50 G
Chemnitz-Lit. M.	5	26,50 G
Chemnitz-Lit. N.	5	101,50 G
Chemnitz-Lit. O.	5	115,10 G
Chemnitz-Lit. P.	5	93,80 G
Chemnitz-Lit. Q.	5	14,10 G
Chemnitz-Lit. R.	5	101,25 G
Chemnitz-Lit. S.	5	120,00 G
Chemnitz-Lit. T.	5	90,75 G
Chemnitz-Lit. U.	5	100,25 G
Chemnitz-Lit. V.	5	56,00 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach. Mairisch	4 1/2	91,00 B
Altona-Kiel	4 1/2	97,75 G
Bergisch-Markische	4 1/2	97,50 G
Berlin-Anhalt	4 1/2	100,50 G
Berlin-Dresden	4 1/2	100,50 G
Berlin-Görlitz	4 1/2	85,10 G
Berlin-Hamburg	4 1/2	85,10 G
Berlin-Magdeburg	4 1/2	77,00 G
Berlin-Stettin	4 1/2	98,00 G
Bresl. Schw.-Freibg.	4 1/2	97,60 G
Chemnitz	4 1/2	97,60 G
Chemnitz-Lit. B.	4 1/2	102,50 G
Chemnitz-Lit. C.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. D.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. E.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. F.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. G.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. H.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. I.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. J.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. K.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. L.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. M.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. N.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. O.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. P.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. Q.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. R.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. S.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. T.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. U.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. V.	4 1/2	90,00 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach. Mairisch	4 1/2	91,00 B
Altona-Kiel	4 1/2	97,75 G
Bergisch-Markische	4 1/2	97,50 G
Berlin-Anhalt	4 1/2	100,50 G
Berlin-Dresden	4 1/2	100,50 G
Berlin-Görlitz	4 1/2	85,10 G
Berlin-Hamburg	4 1/2	85,10 G
Berlin-Magdeburg	4 1/2	77,00 G
Berlin-Stettin	4 1/2	98,00 G
Bresl. Schw.-Freibg.	4 1/2	97,60 G
Chemnitz	4 1/2	97,60 G
Chemnitz-Lit. B.	4 1/2	102,50 G
Chemnitz-Lit. C.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. D.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. E.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. F.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. G.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. H.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. I.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. J.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. K.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. L.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. M.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. N.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. O.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. P.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. Q.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. R.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. S.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. T.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. U.	4 1/2	90,00 G
Chemnitz-Lit. V.	4 1/2	90,00 G

Ausländische Prioritäten.